

AWO | INKLUSIV – Gemeinsam für ein Bayern der Vielfalt

www.awo-inklusion.de

Das Positionspapier zum Thema »AWO Inklusiv – Gemeinsam für ein Bayern der Vielfalt« wurde vom Landesfachausschuss Inklusion der Arbeiterwohlfahrt Bayern erarbeitet und vom Landesvorstand in der Sitzung am 09. April 2016 beschlossen.

Die Mitglieder des Landesfachausschusses Inklusion

Stefan Langen (Vorsitzender)	AWO Bezirksverband Schwaben e.V.
Lynn Berger	AWO Bezirksverband Oberbayern e.V.
Thomas Birken	AWO Landesverband Bayern e.V.
Claudia Frost	AWO Kreisverband Augsburg-Stadt e.V.
Petra Mahr	AWO Bezirksverband Ober- und Mittelfranken e.V.
Wolfgang Schindele (Gast)	AWO Landesverband Bayern e.V.
Gerhard Schönauer	AWO Kreisverband Ebersberg e.V.
Carmen Steffan	AWO Bezirksverband Unterfranken e.V.
Elisabeth Weith	AWO Kreisverband Kulmbach e.V.
Katharina Wurm	AWO Landesverband Bayern e.V.
Claudia Zacher	AWO Bezirksverband Niederbayern/Oberpfalz e.V.

Inklusion – ein menschliches Grundbedürfnis

Menschen sind Gemeinschaftswesen, die auf den Austausch mit anderen angewiesen sind. Am Lebensanfang ist diese Angewiesenheit auf andere noch ganz unmittelbar sichtbar. Aber auch im weiteren Lebensverlauf ändert sich daran nichts Grundsätzliches: Moderne Gesellschaften sind arbeitsteilig organisiert, so dass jeder und jede Einzelne immer von den Leistungen vieler anderen abhängig ist wenn er seine Potenziale und Lebenschancen im vollen Umfang ausschöpfen möchte.

Teilhabe im Sinne eines aktiven Einbezugs in die Gesellschaft ist für ein gelingendes Leben also notwendig, sie ist aber keineswegs selbstverständlich. In vielen gesellschaftlichen Teilbereichen (wie Bildung, Arbeit oder Politik) existieren Barrieren, die die Teilhabe von Menschen mit bestimmten Merkmalen (wie Krankheiten oder Fähigkeitseinschränkungen, ethnischer Zugehörigkeit, sexueller Orientierung oder dauerhafter Armut) erschweren oder verhindern. Diese Barrieren können dabei ganz unterschiedlich beschaffen und etwa materieller, struktureller, mentaler oder rechtlichen Natur sein.

Die Zugangsbarrieren zu den unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen sind dabei keineswegs »natürlich« oder unveränderlich. So konnten in Deutschland zu Beginn des 20. Jahrhunderts die Barrieren überwunden werden, die bis dahin die Teilhabe von Frauen an der akademischen Bildung verhindert hatten – heute sind hingegen ganz selbstverständlich die Hälfte aller Studierenden weiblich und die früheren Barrieren für Frauen in diesem Bereich oft nur noch Geschichte.

Mit dem Begriff der Inklusion wird in Bezug auf gesellschaftliche Teilhabemöglichkeiten nun eine ganz bestimmte Leitidee bezeichnet: die Idee, dass möglichst allen Menschen der Zugang zum gesamten Spektrum des gesellschaftlichen Lebens eröffnet werden sollte. Eine inklusive Gesellschaft zeichnet sich entsprechend dadurch aus, dass sie niemanden, der sich beteiligen und sein Grundrecht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit verwirklichen möchte, die dafür notwendigen Teilhabemöglichkeiten verwehrt.

Gleichzeitig ist mit der Leitidee der Inklusion ein veränderter Blick auf die Voraussetzungen für gesellschaftliche Teilhabe verbunden: Bisher wurden die Zugangsbarrieren zu den gesellschaftlichen Bereichen viel zu oft als gegeben und nicht weiter zu hinterfragen betrachtet: Wer teilhaben wollte, musste die notwendigen Voraussetzungen mitbringen, wer dies nicht konnte, blieb eben draußen und wurde gleichzeitig noch häufig als leistungsschwach und unterstützungsabhängig diskriminiert.

Die Leitidee der Inklusion ändert dieses Grundverständnis in tiefgreifender Weise: Inklusion zielt darauf ab, Zugangsbarrieren so weit zu reduzieren, dass möglichst alle Menschen ungeachtet ihrer individuellen Voraussetzungen in allen gesellschaftlichen Bereichen teilhaben können. Statt weiterhin danach zu fragen, was der oder die Einzelne mitbringen muss, um mitmachen zu können, geht es nun um die Frage, wie die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen gestaltet werden müssen, um möglichst allen das Mitmachen zu ermöglichen.

Dabei hängt die Überwindung von Zugangsbarrieren nicht nur vom guten Willen der Beteiligten ab. Die Ermöglichung von Teilhabe und die Schaffung der entsprechenden Rahmenbedingungen sind in der Regel mit Kosten verbunden. Damit die entsprechenden Ressourcen zur Verfügung gestellt werden, bedarf es wiederum eines tragfähigen gesellschaftlichen Konsenses. Die Schaffung einer inklusiven Gesellschaft ist damit nicht nur als ethische Leitidee, sondern auch als ein politisches Projekt zu begreifen, dessen Verwirklichung auch gegen Widerstände erstritten und durchgesetzt werden muss.

Inklusion – eine neue (und gleichzeitig alte) Handlungsmaxime für die AWO

Die Idee einer inklusiven Gesellschaft ist eine Zielperspektive, mit der sich die Arbeiterwohlfahrt in hohem Maße identifizieren kann. Für die AWO – hier für die bayerische Arbeiterwohlfahrt – ist in diesem Zusammenhang nur der Begriff Inklusion neu. Der Grundgedanke der *Inklusion* war hingegen schon Gründungsgedanke der AWO vor fast einhundert Jahren.

Seit ihrem Bestehen setzt sich die AWO für eine gerechte und tolerante Gesellschaft, den Abbau von Zugangsbarrieren und für die soziale Teilhabe aller Menschen ein. Dies spiegelt sich auch in den Grundwerten der AWO: *Toleranz, Solidarität, Freiheit, Gleichheit* und *Gerechtigkeit*.

Diese Grundwerte weisen eine hohe Übereinstimmung mit der Leitidee der Inklusion auf. Inklusion kann entsprechend als eine neue Form der zeitgemäßen Umsetzung der alten – aber immer noch hoch aktuellen – AWO-Grundprogrammatis verstanden werden:

Der Einbezug aller bedarf der **Toleranz** gegenüber vielfältigen Denk- und Verhaltensweisen. Auch diejenigen mitzunehmen, deren Teilhabe mit Aufwand verbunden ist, setzt ein gewisses Maß an **Solidarität** auf der Seite der Mitnehmenden voraus. Teilhabe bedeutet im Umkehrschluss einen Zugewinn an **Freiheit** für diejenigen, die nun endlich selbstbestimmt mitmachen dürfen, statt an den Rand gedrängt und ausgeschlossen zu werden. Die **Gleichheit** im Zugang zu den gesellschaftlichen Institutionen, Gütern und Rechten bildet letztendlich die Voraussetzung für **Gerechtigkeit** im gesellschaftlichen Miteinander.

Aufgrund dieser vielfältigen Entsprechungen kann die Leitidee der Inklusion als eine neue Handlungsmaxime für die Arbeit der Arbeiterwohlfahrt verstanden werden, in der sich ihre historischen Grundwerte in konzeptionell neuer Form verwirklicht finden.

Inklusion zielt darauf ab, allen Menschen, ungeachtet ihrer individuellen Voraussetzungen, einen gleichberechtigten Zugang zu allen gesellschaftlichen Gütern und Bürgerrechten zu sichern und die Teilhabe an allen Lebensbereichen zu ermöglichen.

Die AWO als gesellschaftlicher Inklusionsmotor

Die AWO ist als Wohlfahrtsverband ein aktiver Teil der Gesellschaft, in der Teilhabe für alle möglich werden soll. Die AWO kann sich folglich nicht darauf beschränken, von anderen die Reduzierung von Barrieren und die Schaffung von Teilhabemöglichkeiten zu fordern – sie muss diese Forderung auch auf sich selbst und die eigene Arbeit beziehen.

Nicht zuletzt aufgrund der oben angedeuteten sozialpolitischen Traditionen bedeutet die Ausrichtung an der Handlungsmaxime Inklusion dabei nicht, dass innerhalb der AWO von nun an alles anders gemacht werden müsste. Dieses Positionspapier des Landesfachausschusses Inklusion ist vielmehr als Teil eines Verständigungsprozesses zu begreifen, indem es zu klären gilt, auf welche Art und Weise die AWO sich selbst zu einem noch leistungsfähigeren gesellschaftlichen Inklusionsmotor entwickeln kann.

Das Spektrum unterschiedlicher Zugangsbarrieren in den verschiedenen gesellschaftlichen Teilbereichen ist dabei so weit, dass die Verwirklichung von Inklusion als ein langfristiger und umfassender Prozess angelegt werden muss. Genauso wichtig wie das Fernziel einer inklusiven Gesellschaft ist dabei aber immer auch der nächste kleine Schritt, der dazu beiträgt, eine konkrete Zugangsbarriere zu reduzieren oder zu beseitigen.

Gesellschaftlicher Einbezug und gesellschaftlicher Ausschluss sind dabei nicht als absolute Begriffe im Sinne eines »Entweder-oder« zu begreifen, sondern als Pole eines Spektrums. Entsprechend ist in jedem einzelnen Fall sensibel zu prüfen, welche Rahmenbedingungen und Unterstützungsleistungen geeignet erscheinen, um ein individuelles Maximum an Teilhabechancen in den unterschiedlichen Lebensbereichen gewährleisten zu können. Auch die Schaffung von begleitenden Schutz- und Rückzugsräumen kann in diesem Zusammenhang eine notwendige Voraussetzung für die Erhöhung von Teilhabechancen darstellen.

Eine inklusionsförderliche Gestaltung gesellschaftlicher Rahmenbedingungen bedeutet gerade nicht, auf Rahmungen in Form von Hilfs- und Unterstützungsangeboten generell zu verzichten; es geht vielmehr darum, Rahmungen so zu gestalten, dass von ihnen einen möglichst optimale Inklusionswirkung ausgeht.

Als Wohlfahrtsverband sieht sich die AWO bei der Ausrichtung an der Handlungsmaxime der Inklusion in mehrerer Hinsicht gefordert:

Im Bereich ihrer professionellen Dienstleistungen geht es für die AWO darum, die eigenen Einrichtungen und Angebote so weiterzuentwickeln, dass sie möglichst optimal zur Verwirklichung gesellschaftlicher Teilhabe für alle beitragen können. Inklusion kann nicht alleine über soziale Dienstleistungen erreicht werden – soziale Dienstleistungen können aber so weiterentwickelt werden, dass sie einen möglichst guten Beitrag zur Schaffung einer inklusiveren Gesellschaft leisten.

Inklusion ist für die AWO aber nicht nur ein Anspruch, den sie mit Blick auf von Ausschluss bedrohte Menschen in der Welt »dort draußen« vertritt, sondern auch ein Anspruch, den sie als Mitgliederorganisation und Arbeitgeber an sich selbst und nach innen richten muss. In diesem Sinne gilt es, die Zugangsbarrieren, die die AWO selbst setzt, systematisch zu identifizieren und zu bearbeiten. Dieser Prozess mag in mancherlei Hinsicht unangenehm oder gar schmerzhaft sein, er ist letztlich aber unumgänglich, wenn die AWO das Ziel einer inklusiven Gesellschaft glaubhaft vertreten will.

Um eine genauere Vorstellung davon zu entwickeln, wie eine wirklich inklusive Gesellschaft auszusehen hätte, werden im Folgenden vier besonders relevante gesellschaftliche Bereiche näher betrachtet: *Bildung, Arbeit, Wohnen* und das *kulturelle* und *soziale* Leben.

Inklusion und Bildung

Bildung ermöglicht es dem Einzelnen einerseits, spezifische Fähigkeiten und Fertigkeiten auszubilden und somit die Basis für ein erfolgreiches Engagement in den unterschiedlichen Lebensbereichen zu schaffen.

Auf der anderen Seite stellt Teilhabe an Bildung aber auch die Voraussetzung für eine kritische Auseinandersetzung mit den eigenen Lebensumständen und der gesellschaftlichen Wirklichkeit dar. Bildung schafft die Grundlage für eine mündige und selbstbestimmte Form der Lebensführung und für eine wirkungsvolle Beteiligung am Prozess der Gesellschaftsgestaltung.

Den Bildungsorten kommt im Hinblick auf die Schaffung einer inklusiven Gesellschaft darüber hinaus eine besondere Bedeutung zu, weil in ihnen Toleranz praktisch eingeübt und damit die kulturelle Basis für ein wertschätzendes, solidarisches Miteinander gelegt werden muss.

Ein Miteinander in Vielfalt in der Bildungssphäre setzt eine Kultur der Akzeptanz und Solidarität voraus. Um diese zu erreichen, sind Orte der Begegnung nötig, in denen im konkreten Austausch die Grundlage für die Wertschätzung von Vielfalt gelegt werden kann.

Strukturell angelegte Separierungsmechanismen, wie sie in der aktuellen Ausgestaltung der Bildungslandschaft noch vielerorts vorzufinden sind, stehen diesem Leitmotiv diametral entgegen und müssen überwunden werden.

Zielperspektive ist dabei ein inklusives Bildungssystem, in dem die unterschiedlichen Persönlichkeiten, Fähigkeiten und Eigenarten als Selbstverständlichkeit anerkannt werden und Vielfalt als Ressource betrachtet wird statt sie einseitig zu problematisieren.

Als Wohlfahrtsverband setzt sich die AWO dafür ein, dass die dafür notwendigen Ressourcen zur Verfügung gestellt und sowohl die pädagogische Ausbildung als auch die Ausgestaltung der Bildungsinstitutionen konsequent am Leitbild eines inklusiven Bildungssystems mit Teilhabemöglichkeiten für alle ausgerichtet werden.

Die AWO engagiert sich für die Schaffung einer inklusiven Bildungslandschaft, die jedem und jeder Einzelnen die notwendigen Rahmenbedingungen für die Entfaltung seiner individuellen Potenziale eröffnet.

Inklusion und Arbeit

In der modernen Arbeitsgesellschaft bilden Arbeit und Beschäftigung die Grundlage für die Sicherung der materiellen Lebensvoraussetzungen und damit gleichzeitig das Fundament für ein Leben in Selbstbestimmung und Eigenverantwortung.

Die Teilhabe an der Sphäre der Arbeit ermöglicht es dem Einzelnen darüber hinaus aber auch, sich als nützlicher Teil der Gesellschaft zu erleben und ein entsprechend positiv aufgeladenes Selbstbild und Selbstverständnis zu entwickeln.

Aus diesem Grund tritt die AWO für die Schaffung inklusiver Arbeitsmärkte ein, die jedem und jeder Einzelnen unter Berücksichtigung individueller Wunsch- und Wahlrechte eine Teilhabe an der gesellschaftlichen Inklusionssphäre der Arbeit ermöglichen.

Wir engagieren uns für ein ausdifferenziertes Angebot an Arbeits- und Beschäftigungsformen, das Teilhabemöglichkeiten unabhängig von der individuellen Leistungsfähigkeit und persönlichen Merkmalen gewährleistet.

In der Inklusionssphäre der Arbeit sieht sich die AWO auch als Arbeitgeber in besonderer Weise gefordert. Im Hinblick auf die inklusionssensible Weiterentwicklung der eigenen Ausbildungs- und Beschäftigungsangebote sollten gerade die Wohlfahrtsverbände mit gutem Beispiel vorangehen und durch ihr Beispiel Impulse für andere Branchen und Unternehmen setzen.

Bei allem Bemühen um die Schaffung von Teilhabemöglichkeiten im Bereich der Arbeit darf eines allerdings nie aus dem Blick geraten: die Frage nach den konkreten Arbeitsbedingungen. Nicht jede Arbeit ist gute Arbeit und die Arbeiterwohlfahrt sieht sich in ihrer Tradition als Selbsthilfeorganisation der Arbeitenden gerade in diesem Bereich gefordert.

Gute Arbeit zeichnet sich durch einen gerechten Lohn aus, der es ermöglicht, den Lebensunterhalt zu bestreiten. Zu guter Arbeit gehören darüber hinaus aber auch Arbeitsbedingungen, die die Arbeitenden davor bewahren, gesundheitlich Schaden zu nehmen oder so intensiv vereinnahmt zu werden dass keine Zeit und Kraft mehr für Familie, Freunde und die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben bleibt.

Am grundlegenden Ziel einer entsprechend menschengerechten Arbeitsgestaltung und der Überwindung prekärer Arbeits- und Beschäftigungsverhältnisse orientiert sich die Arbeiterwohlfahrt in ihren Funktionen als Arbeitgeber und politische Interessenvertretung.

Die AWO tritt für eine menschengerechte Ausgestaltung der Arbeitssphäre ein, die sich durch Teilhabechancen für alle und angemessene Arbeitsbedingungen für jeden und jede Einzelne auszeichnet.

Inklusion und Wohnen

Eine feste Wohnstätte bildet im wörtlichen Sinne die Voraussetzung dafür, sich als Mensch innerhalb der Gesellschaft zu verorten. Das eigene Zuhause bildet dabei einerseits einen individuellen Schutz- und Rückzugsraum, andererseits aber auch den Ausgangspunkt für das Knüpfen und die Pflege stabiler sozialer Beziehungen.

Darüber hinaus ist die Teilhabe an den Sphären der Bildung und der Arbeit in der Regel an einen festen Wohnsitz geknüpft – das Wohnen stellt somit gleichzeitig einen eigenständigen Inklusionsbereich als auch eine notwendige Voraussetzung für die Teilhabe an anderen gesellschaftlichen Teilbereichen dar.

Aufgrund dieses Doppelcharakters tritt die AWO für eine Wohnungspolitik ein, die der zentralen Bedeutung des Wohnens für gesellschaftliche Teilhabe gerecht wird. Dazu zählt das Leitmotiv einer inklusionsförderlichen Quartiers- und Gemeindeentwicklung genauso wie das Engagement gegen lokale Separierungseffekte in den Städten und Regionen. Die Forderung nach Barrierefreiheit erstreckt sich in diesem Zusammenhang nicht nur auf bauliche Voraussetzungen, sondern auch auf die Bezahlbarkeit von Wohnraum, da sich die Wohnkosten in immer mehr Gegenden zu einer zentralen Teilhabebarriere entwickeln.

Im Feld der sozialen Dienstleistungen orientiert sich die AWO am Leitbild einer möglichst weitgehenden Selbstbestimmung für alle bei der Wahl ihres Wohnortes und ihrer Wohnform. Wir engagieren uns in der Weiterentwicklung von Wohnangeboten für Menschen mit unterschiedlichen Bedarfen und entwickeln die entsprechenden flankierenden Dienstleistungsangebote kontinuierlich weiter.

In unseren stationären Einrichtungen ist die Sicherung der Teilhabe der Bewohnerinnen und Bewohner am gesellschaftlichen Leben ebenso ein zentrales Anliegen wie die Eröffnung von Möglichkeiten für das selbstbestimmte Wohnen. Die Einbeziehung der stationären Einrichtungen in den Sozialraum bzw. das Hereinholen des Sozialraums in die Einrichtung ist gewünscht. Unser Ziel ist es, kleinräumige Versorgungsstrukturen aufzubauen, auf dezentrale, kleine Wohneinheiten umzustellen und so die Zugehörigkeit der Bewohnerinnen und Bewohner zum Quartier zu stärken.

Eine besondere Bedeutung kommt hier der Einbeziehung und Stärkung von ehrenamtlichen Strukturen zu. Hier ist die AWO als Mitgliedsorganisation gefordert, dieses Engagement zu unterstützen und zu begleiten.

Die AWO fordert eine sozial verantwortliche und inklusionsförderliche Quartiers- und Regionalentwicklung und die Schaffung bedarfsgerecht ausgestalteter Wohnangebote für alle.

Inklusion im kulturellen und sozialen Leben

Demokratische und offene Gesellschaften bieten grundsätzlich vielfältige Möglichkeiten zur Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben. Allerdings existieren auch in diesem Bereich vielfältige Zugangsbarrieren und Ausschlussmechanismen, die häufig subtil und außerhalb der öffentlichen Aufmerksamkeit wirken.

Die Identifikation und Reduzierung von Zugangsbarrieren zu den unterschiedlichen Bereichen des kulturellen und sozialen Lebens setzt daher ein besonderes Maß an Sensibilität gegenüber unterschiedlichen Formen des sozialen Ausschlusses voraus. Gesetzliche Regelungen und Vorgaben sind wichtig, bedürfen aber immer der Ergänzung durch eine gelebte Kultur der Akzeptanz und Förderung von Vielfalt.

Die inklusive Gestaltung des kulturellen und sozialen Lebens in der Gesellschaft bedeutet, dass Teilhabemöglichkeiten ganz selbstverständlich und aktiv bereitgestellt werden, statt sie immer wieder aufs Neue einfordern und durchsetzen zu müssen. Zur Überwindung bestehender Zugangsbarrieren im Bereich des kulturellen und sozialen Lebens ist eine enge Verzahnung von professionellen Dienstleistungen und ehrenamtlichen Aktivitäten notwendig.

Darüber hinaus ist aber auch jeder und jede Einzelne gefordert, zur Überwindung alltäglicher Ausschlussphänomene im gesellschaftlichen Leben beizutragen. Das gilt für diejenigen, die die Teilhabe anderer ermöglichen und zulassen müssen, aber auch für diejenigen, die Teilhabemöglichkeiten im Rahmen einer selbstbestimmten Lebensführung aktiv nutzen müssen, um ein Zusammenleben in Vielfalt auf diese Weise zur gesellschaftlichen Normalität werden zu lassen.

Die Verwirklichung der Idee einer inklusiven Gesellschaft setzt voraus, dass auch im weiten Feld des kulturellen und sozialen Lebens Teilhabe für alle unabhängig von individuellen Voraussetzungen möglich wird. Als Teil der Bürgergesellschaft fördert die AWO daher im Bereich der sozialen Dienstleistungen und im Ehrenamt die Teilhabe aller am gesellschaftlichen Leben.

Die AWO setzt sich dafür ein, dass Inklusion nicht nur in den gesellschaftlichen »Pflichtfeldern« der Bildung und Arbeit, sondern auch in den vielfältigen Bereichen des kulturellen und sozialen Lebens verwirklicht wird.

Fazit und Ausblick

Mit der Gründung des Landesfachausschusses Inklusion, dem Projekt »Inklusion – ein Gewinn für alle« und der Entwicklung und Veröffentlichung dieses Positionspapiers macht die bayerische Arbeiterwohlfahrt die Relevanz der Leitidee der Inklusion für ihr Selbstverständnis und ihre Arbeit deutlich.

Unter dem Dach der AWO in Bayern gibt es schon heute eine Vielzahl von Einrichtungen und Angeboten, die zur gesellschaftlichen Teilhabe unterschiedlichster Personengruppen und Individuen beitragen. Eine Auswahl entsprechender Beispiele inklusiver Praxis wurde in Form von Steckbriefen auf der Homepage des Landesfachausschusses Inklusion (www.awo-inklusion.de) porträtiert.

Damit ist es aber noch lange nicht getan: Im nächsten Schritt muss es für die AWO Bayern nun darum gehen, auf der Ebene ihrer unterschiedlichen Handlungsfelder und Arbeitsbereiche zu klären, wie Inklusion als gesellschaftlicher Prozess durch die Weiterentwicklung der bestehenden Angebote und Dienstleistung noch besser unterstützt werden kann.

Eine inklusive Gesellschaft benötigt professionelle soziale Dienstleistungen als Mittel zur Überwindung von Zugangsbarrieren. Die AWO steht entsprechend vor der Herausforderung, ihre Angebote in den unterschiedlichen Tätigkeitsfeldern im Hinblick auf ihr Inklusionspotenzial kontinuierlich weiterzuentwickeln.

Dabei müssen nicht zuletzt gewohnte Aufgabenteilungen und Abgrenzungen zwischen den unterschiedlichen Fachbereichen und Arbeitsfeldern kritisch hinterfragt und bei Bedarf im Sinne einer inklusiven und übergreifenden Angebotsentwicklung neu ausgerichtet werden.

Eine besondere Rolle wird darüber hinaus die Vernetzung unserer Einrichtungen und Dienste auf der Ebene der lokalen Sozialräume spielen. Die Gestaltung inklusiver Quartiere und Gemeinden als der eigentlichen Orte gesellschaftlicher Teilhabe setzt die systematische Kooperation von Kommunen, Trägern und Bürgergesellschaft im Rahmen der Sozialplanung und der Weiterentwicklung lokaler Angebotsstrukturen voraus. Auch in diesem Bereich wird eine besondere Herausforderung in der Entgrenzung und Vernetzung der bestehenden Angebots- und Finanzierungsstrukturen liegen.

Auch in ihren Rollen als Mitgliederorganisation und Arbeitgeber sieht sich die AWO durch die Orientierung an der Handlungsmaxime der Inklusion gefordert. Wie im Bereich der professionellen Dienstleistungen muss es für die AWO auch in diesem Bereich darum gehen, Wege und Verfahren zu entwickeln, die dabei helfen, eigene Zugangsbarrieren zu identifizieren und Maßnahmen zu entwickeln, um diese zu überwinden oder zu kompensieren.

Mit dem vorliegenden Positionspapier hat sich die AWO in Bayern auf den Weg gemacht, um die Idee einer inklusiven Gesellschaft als Leitbild und Handlungsmaxime für die eigenen Handlungs- und Verantwortungsbereiche wirksam werden zu lassen. Darauf aufbauend muss es nun darum gehen, diesen Impuls in einen breiten, umfassenden und nachhaltigen Entwicklungsprozess für die bayerische Arbeiterwohlfahrt zu überführen.

Die bayerische Arbeiterwohlfahrt begreift die Verwirklichung der Idee einer inklusiven Gesellschaft als eine zentrale Zielperspektive für die zukünftige Ausrichtung ihrer Arbeit.

AWO INKLUSIV

INKLUSION
EIN ORT ZUM ARBEITEN
GLEICHBERECHTIGT UND INTEGRATIV

GEMEINSAM FÜR EIN BAYERN DER VIELFALT.
WWW.AWO-INKLUSION.DE

AWO | in Bayern.

AWO INKLUSIV

INKLUSION
EIN ORT ZUM LERNEN
GERECHT UND FÖRDERND

GEMEINSAM FÜR EIN BAYERN DER VIELFALT.
WWW.AWO-INKLUSION.DE

AWO | in Bayern.

GEMEINSAM FÜR EIN BAYERN DER VIELFALT

AWO INKLUSIV

INKLUSION
EIN ORT ZUM WOHNEN
SELBSTBESTIMMT UND BARRIEREFREI

GEMEINSAM FÜR EIN BAYERN DER VIELFALT.
WWW.AWO-INKLUSION.DE

AWO | in Bayern.

AWO INKLUSIV

INKLUSION
EIN ORT ZUM LEBEN
GLEICHWERTIG UND SELBSTBESTIMMT

GEMEINSAM FÜR EIN BAYERN DER VIELFALT.
WWW.AWO-INKLUSION.DE

AWO | in Bayern.

Impressum

Herausgeber: AWO Landesverband Bayern e.V.

Edelsbergstraße 10 · 80686 München · Tel. 089 546754-0 · Fax 089 546754-125

E-Mail: kontakt@awo-bayern.de · www.awo-bayern.de

www.awo-inklusion.de

Verantwortlich

Wolfgang Schindele, Geschäftsführer, AWO Landesverband Bayern e.V.

Redaktion: Landesfachausschuss Inklusion

© AWO Landesverband Bayern e.V.

Juni 2016